

12.55

Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort Dr. Margarete

Schramböck: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete des Nationalrates! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Liebe Zuseherinnen und Zuseher vor den Fernsehschirmen! Heute sollte es hier im Hohen Haus eigentlich etwas geben, was selbstverständlich erscheint: ein klares Bekenntnis aller Fraktionen zu einem nachhaltigen Wirtschaftsstandort und damit zu Beschäftigung und Wohlstand in Österreich. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Genau dieses Bekenntnis geben wir als Bundesregierung ab und darum auch dieser Vorschlag der vorgelegten Staatszielbestimmung. Es ist aus meiner Sicht sehr bedauerlich, dass es im Parlament keinen Grundkonsens betreffend Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum in Österreich gibt. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Wir wollen ganz klar keine Über- und Unterordnung, und jedem, der etwas anderes behauptet, sage ich, das ist weder unsere Absicht, noch ist es so verfasst. Was wir aber haben wollen, ist etwas auf Augenhöhe, damit die Arbeitsplätze für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich abgesichert sind – und das sollte im Interesse aller Parteien sein. *(Präsidentin Kitzmüller übernimmt den Vorsitz.)*

Wenn ich ein bisschen zurückblicke und mir so anschau, wer früher massive Unterstützer dieses Ziels waren, kann ich etwa Christian Kern nennen, der vor Kurzem noch als Bundeskanzler der SPÖ hier gesessen ist, auch die SPÖ-Ikone Hans Niessl und sogar den burgenländischen Landtag und den jetzigen Landeshauptmann des Burgenlandes: Sie alle haben sich für ein Staatsziel nachhaltige Wirtschaft ausgesprochen. Ich habe sogar einen Brief des Herrn Landeshauptmanns a. D., SPÖ-Ikone Hans Niessl, in dem er sich eindeutig dafür ausspricht. Es verwundert mich daher sehr, von Ihnen von der SPÖ jetzt zu hören, dass Sie dieses Ziel, das im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Österreichs ist, nicht unterstützen können. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Zu den Aussagen der vormals wirtschaftsfreundlichen Fraktion der NEOS kann ich nur eines sagen: Es wundert mich sehr, dass es hier keine Unterstützung für dieses wesentliche Ziel gibt. Ich nehme zur Kenntnis, dass es kein Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Österreich gibt, kein Bekenntnis zu den Arbeitsplätzen, zu Investitionen. Von der SPÖ sind wir das ja schon gewöhnt, wir haben es auch im Wahlkampf gesehen, die Wirtschaftsfeindlichkeit wird sogar im Wahlkampf plakatiert. Einige träumen sogar von einer Verstaatlichung der Großkonzerne. – Da sind wir sehr weit gekommen, denn es geht um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Investitionen, die Firmen, die eine

Zukunft haben und denen es möglich wird, gut in die Zukunft zu gehen. Bei den NEOS überrascht es mich sehr, dass Sie sich von der Fraktion wirtschaftsliberal zur Fraktion Wirtschaft egal entwickeln. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Ich möchte Sie an etwas erinnern: Sie sagen, Sie hätten zugestimmt – ich muss sagen, der Konjunktiv zählt hier nun einmal nicht. Wir haben in den letzten eineinhalb Jahren für wirkliche Entlastungen gesorgt, ich möchte nur einige aufzählen: Flexibilisierung der Arbeitszeit, Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben durch das Standort-Entwicklungsgesetz, Genehmigungsfreistellungen bei Anlagengenehmigung, elektronische Ausschreibungen durch das Bundesvergabegesetz Neu, Entbürokratisierung bei der Gründung und bei der Finanzierung von Start-ups, Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels – insbesondere neue Lehrberufe –, Jobmessen für Asylberechtigte und nicht zuletzt unsere Steuerreform, von der sehr viele Unternehmen – nicht nur Leitbetriebe, sondern auch die KMUs Österreichs – profitieren. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

99,8 Prozent der österreichischen Unternehmen sind mittelständische Unternehmen. Sie profitieren von den neuen Steuertarifgrößen, sie profitieren hinsichtlich geringwertiger Wirtschaftsgüter, sie profitieren im Zusammenhang mit den unterschiedlichsten Themen, die wir in der Steuerreform vorgesehen haben; darum wundert es mich sehr, dass ich aus dem rosa Eck mehr Getöse als Sachpolitik höre. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Es kann nur zwei Gründe dafür geben. Ein Grund ist ein rein politischer, und das ist alte Politik: für etwas anderes zu verlangen, etwas, von dem man eigentlich überzeugt ist, aufzugeben, seine eigenen Wähler aufzugeben, die Unternehmerinnen und Unternehmer Österreichs aufzugeben, weil man ein Gegengeschäft machen möchte. Oder, der zweite Grund: Es ist mangelnde Sachkompetenz. Es ist eine geringere Kompetenz, die Wirtschaftsentlastungen, die wir gemacht haben, auch wirklich zu erkennen. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ. – Abg. Meini-Reisinger: Es gibt keine, das ist das Problem!)*

Liebe Beate Meini-Reisinger, ich heiße Sie herzlich willkommen zurück im Parlament! Wir alle freuen uns, dass Sie wieder hier sind, und ich hoffe sehr, dass Sie Ihre Fraktion, Ihre Partei wieder zurückführen zu dem, was uns eigentlich verbinden sollte, nämlich für das Ziel Wirtschaft aufzutreten, für den Standort, für die Unternehmerinnen und Unternehmer und auch für deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Abschließend möchte ich noch sagen, dass dieses Staatsziel, das wir vorgeschlagen haben, ein weiterer wichtiger Hebel für eine moderne Wirtschaftspolitik ist. Es soll nicht über oder unter anderen Zielen stehen, sondern es hat genauso Toppriorität wie die

Themen Umweltschutz, Reinhaltung des Wassers und Lebensmittelversorgung. Wir haben aber auch gesehen, dass sich Richter auf Staatsziele beziehen, dass Richter ihre Entscheidungen an diesen Basisthemen orientieren, darauf möchte ich Sie hinweisen, und ich lade Sie ein, mitzustimmen. Tun Sie das nicht, dann werden Sie es auch verantworten müssen, wenn es Entscheidungen gibt, die gegen Investitionen, gegen den Wirtschaftsstandort und gegen die Arbeitsplätze in Österreich sind. (Abg.

Meinl-Reisinger: *Sie werden es verantworten müssen, Sie könnten etwas tun!*) – Herzlichen Dank. (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

13.03

Präsidentin Anneliese Kitzmüller: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Gerstl. – Bitte schön, Herr Abgeordneter. (Ruf bei der SPÖ: Jetzt kommt der Kontrapunkt!)